

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 19, 21. September 2000

rechts

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 3611 62 49
Biz.: 100 500 00/Kto.-Nr.: 0670017787

Einblicke

Nicht verharmlosen

Von Cornelia Sonntag-Wolgast

Brutale Angriffe auf Menschen anderer Hautfarbe, Obdachlose und Behinderte sind kein neues Phänomen. Neu ist, dass das Thema endlich eine breite Mehrheit empört. Das ist gut so, denn es zeigt, dass die Zivilgesellschaft wachgerüttelt worden ist. Diese Wachsamkeit brauchen wir, um den Hass, der sich gegen Minderheiten und Schwächere entlädt, wirksam bekämpfen zu können.

Die Bundesregierung tue nicht genug, behauptet die PDS. Die Bundesregierung schöne die Statistik, schreiben einige Zeitungen. Das eine stimmt so wenig wie das andere. Die Gelder, die in Projekte gegen Rassismus und Fremdenhass, für ein friedliches Miteinander der Kulturen eingesetzt werden, belaufen sich auf über 500 Millionen Mark. 75 Millionen werden zusätzlich für eine Initiative „Arbeit und Qualifizierung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in den kommenden drei Jahren aufgebracht. Die Polizeien des Bundes und der Länder zeigen an Brennpunkten noch offenere und einschüchternde Präsenz. Der Bundesgrenzschutz hat eine Hotline geschaltet, bei der Bürger ihre Beobachtungen melden können. Videoüberwachung wird verstärkt, wo es sinnvoll ist. Rechtsextreme Musik und Hasspropaganda im Internet werden intensiv beobachtet. Im „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ verzeichnen wir Initiativen und Ideen von Menschen, die sich engagieren.

Die Bundesregierung will nichts verharmlosen! Deshalb wird die Statistik über rechtsextremistische und fremdenfeindliche Kriminalität auf eine einheitliche Grundlage gestellt. In der Vergangenheit gab es bei der polizeilichen und der strafrechtlichen Bewertung Unterschiede. Solche Defizite müssen nicht sein. Es stimmt schon: nicht jede Tat eines Skinheads ist „rechtsextremistisch“ im engeren Sinne des Wortes. Aber die Öffentlichkeit braucht ein realistisches Bild rechter Gewalt. Dafür werden wir sorgen.

Cornelia Sonntag-Wolgast ist Parlamentarische Staatssekretärin

Professioneller Handel

Die Lieferung von rechtsextremen Tonträgern erfolgt oft nur noch nach Mail-Order-Prinzip oder Vorausbestellung.

Seite 2 ■

Braune Subkultur

Konzerte der verbotenen Skinhead-Organisation Blood&Honour dienen vorrangig der internen Kommunikation.

Seite 4 ■

Verfolgte Neonazis

Aktivisten des von der Schließung bedrohten „Club 88“ sammeln Unterstützerunterschriften und berufen sich auf die politische Meinungsfreiheit.

Seite 5 ■

Falsche Etikettierung

Bei den als „demokratisch legitimierte Rechte“ auftretenden Republikanern finden sich hinreichend Belege für rechtsextremes Denken.

Seite 6 ■

Wachsamkeit geboten

Die so genannten „Drei Weisen“ haben in ihrem Bericht die FPÖ scharf kritisiert.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Blühende Geschäfte**

Im braunen Musikmarkt erfolgt Lieferung oft nur noch nach Mail-Order-Prinzip oder nach Vorausbestellung.

Mit rechtsextremer Musik lassen sich gute Geschäfte machen. Zwischen 25 000 und 40 000 Mark dürfte der monatliche Umsatz des Mitteldeutschen Musikversandes gelegen haben, schätzen Ermittler des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt. Bei Hausdurchsuchungen in Garagen, Wohnungen und zwei Geschäften in Halle/Saale und Weimar haben LKA-Beamte kürzlich mehrere Tausend CDs sowie zahlreiche Videos und Hakenkreuzplakate beschlagnahmt. Gegen den 30-jährigen Ingo G. als Inhaber des Musikversandes sowie zwei weitere Verdächtige sind Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet worden. Zudem wurde gegen Ingo G. Haftbefehl erlassen, dieser wurde aber vom zuständigen Hafttrichter gleich wieder außer Vollzug gesetzt. Zwar musste der 30-Jährige eine Kaution in Höhe von 25 000 Mark hinterlegen und Pass und Personalausweis abgeben. Danach aber sah der Richter keinen Grund mehr, den Haftbefehl auch zu vollstrecken. Denn selbst bei einer Verurteilung hat G. wohl kaum eine Haftstrafe zu erwarten.

Der Betreiber des niedersächsischen Nibelungen-Versandes etwa kam nach ähnlichen Vorwürfen mit einer Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung davon, ohnehin ist die Höchststrafe, die G. droht, auf zwei Jahre befristet. Zeitstrafen, die meist zur Bewährung ausgesetzt werden. Und während der Bewährungsfrist geben die Leute, die an der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts auch noch eine Menge Geld verdienen, die Geschäftsführung ihrer Unternehmen meist an irgendwelche Strohmänner ab.

Der Mitteldeutsche Musikvertrieb steht nicht das erste Mal im Blickpunkt von LKA-Ermittlern. Ebenso wie der ebenfalls in Halle/Saale ansässige Ultima Tonträger-Vertrieb war er bereits vor zwei Jahren durchsucht worden. Der damalige Inhaber des Mitteldeutschen Musikversandes hat sich zwischenzeitlich das Leben genommen, G. ist an seine Stelle getreten.

Bis heute ist auch gegen den einstigen Ultima-Inhaber Liebich noch keine Anklage erhoben worden, das Verfahren schmort nach wie vor bei der Staatsanwaltschaft. Und das, obwohl sich Liebich auch nach der Durchsuchungsaktion nachweislich im rechtsextremen Musikgeschäft tummelte. An der deutsch-holländischen Grenze wurden in Liebichs Auto bei der Einreise in die Bundesrepublik zahlreiche CDs gefunden, von denen die meisten indiziert waren, viele andere aber auch unter die diversen Paragraphen des Strafgesetzbuches (Volksverhetzung, Verbreitung sowie Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) fielen beziehungsweise fielen.

Offiziell hat Liebich nichts mehr mit dem Ultima-Tonträgerversand zu tun, betreibt statt dessen die Szeneläden „MIDGARD“ in Leipzig und „The Last Resort“ in Halle, die überwiegend auf das Angebot von Bekleidung der Skinheadszenen spezialisiert sind, wo es aber ebenfalls noch rechtsextreme Tonträger gibt, wenn auch offensichtlich nur solche, die noch nicht indiziert worden sind. Das ist aber in allen Szeneläden der Fall.

■ Verquickung mit Drogen- und Waffenhandel ■

Indizierte Tonträger oder solche, die unter die Paragraphen 86 und 86a des Strafgesetzbuches fallen (Verbreitung beziehungsweise Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), werden höchst selten in den Verkaufsständern angeboten. Sie werden vielfach ohnehin nur noch im Mail-Order-System vertrieben, seltener noch nach der Aufgabe der Bestellung aus geheimen Depots geholt und dann in den entsprechenden Shops an den Kunden weiter gegeben. Zunehmend häufiger werden die Tonträger sogar erst nach der Bestellung gebrannt. Die moderne CD-Brenner-Technik macht's möglich. Einige Titel von aktuellen Szene-Hits müssen aber wohl neu eingespielt werden. Denn bei den Hausdurchsuchungen beim Mitteldeutschen Musikversand fielen den Ermittlern auch mehrere Masterbänder in die Hände, von denen in den entsprechenden Brennwerken die Musik auf die CDs kopiert wird.

Szenebeobachter halten den Mitteldeutschen Musikversand für einen der wichtigsten Vertriebswege rechtsextremer Musikträger aus dem Osten. Bereits Mitte der 80er Jahre hat die Szene die ersten Kontakte nach Tschechien und Polen geknüpft.

Und zumindest in Tschechien sind die Neonazis auf entsprechende Resonanz gestoßen. Dort gibt es heute mindestens ein CD-Presswerk größerer Dimension. Die Connection existierte bereits vor der politischen Wende in Tschechien und in der DDR. Die Neonazi-Kundschaft aus der Bundesrepublik zahlte in den begehrten West-Devisen. Die CDs wurden und werden kartonweise mit Privat-PKW nach Deutschland gebracht und dort bis zum Verkauf vielfach in Erddepots zwischengelagert.

Der gesamte Handel mit CDs von Skinhead-Bands wie „Landser“, „Kraftschlag“ oder „Zillertaler Türkenjäger“ wird europaweit weitgehend von der Organisation Blood&Honour beherrscht, einer Organisation, die ähnlich organisiert ist wie die internationale Rocker-Gang Hell's Angels. Und die sich auch in ähnlichen Betätigungsfeldern tummelt wie die Rocker. Gerade in der skandinavischen Blood&Honour-Sektion gibt es zunehmende Anzeichen einer Verquickung mit Drogen- und Waffenhandel sowie mit Frauenhandel und Prostitution. Nicht alle Blood&Honour-Anhänger tragen diese Entwicklung mit. Es gibt zunehmende Konflikte zwischen den Befürwortern einer Kommerzialisierung der Bewegung und einer noch stärkeren Politisierung von Blood&Honour.

■ Tonträger werden nach Bestellung gebrannt ■

Gerade die Sektion Sachsen-Anhalt von Blood&Honour zählte nach Einschätzung von Verfassungsschützern zu den wichtigeren Sektionen in Deutschland. Sven Liebich, der offiziell nicht mehr der Inhaber des Ultima-Tonträger-Vertriebes ist, war einst Herausgeber und Vertreiber des Blood&Honour-Fanzines „The New Dawn“ in Sachsen-Anhalt, unterhält Kontakte zur britischen Terrororganisation „Combat 18 (18 steht für die entsprechenden Buchstaben A und H und meint Adolf Hitler). In seinen Läden in Leipzig und Halle versorgen sich Skinheads mit szenetypischer Ausstattung. Beispielsweise mit T-Shirts und Sweatshirts von KuKluxKlan, Blood&Honour, White Power, White Aryan Resistance, Hammer-skin und anderen Gruppierungen. Und nach Ansicht von Beobachtern plant hier auch die neonazistische Gruppe „Nationaler Widerstand Halle/Saale“ ihre Aktionen. Ebenso wird vermutlich der „Nationale Beobachter“, eine periodisch erscheinende Publikation dieser Neonazi-Gruppe maßgeblich im „The Last Resort“ produziert. *Eberhard Löblich*

Seitenblick

Schlag gegen Szene

Die Skinhead-Organisation Blood&Honour - Division Deutschland sowie deren Jugendgruppierung White Youth wurden am 13. September von Bundesinnenminister Otto Schily verboten. Grundlage war das Vereinsrecht, die Deutsche Sektion von Blood&Honour firmierte hierzulande als eingetragener Verein. Ob die Sperrung der Homepage von Blood&Honour mit dem Verbot der Organisation zusammenhängt, oder ob der Provider die Seite gesperrt hat, weil rechtlich bedenkliche Texte veröffentlicht wurden, war zunächst nicht festzustellen. Bei zeitgleich durchgeführten bundesweiten Durchsuchungsaktionen wurden zahlreiche Computer und Festplatten mit neonazistischen Propagandamaterialien beschlagnahmt. Bereits im Frühjahr war bei einer Hausdurchsuchung des Leiters der Berliner B&H-Sektion umfangreiches Informationsmaterial sichergestellt worden, das die Begründung des Verbotes unterstützte, sagte der Berliner Innensenator Eckard Werthebach einem Radiosender.

Noch am Tag der Verbotsverkündung gegen Blood&Honour hat das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt insgesamt zehn Wohnungen, Geschäfte und Garagen beziehungsweise Lagerräume von acht bekannten Führungspersonen von Blood&Honour in dem Bundesland durchsucht und zahlreiches Propagandamaterial beschlagnahmt. Unter den durchsuchten Objekten waren auch die Wohnung von Sven Liebich sowie sein Szenelokal „The Last Resort“, wobei Liebich in der Öffentlichkeit nur mittelbar als Inhaber auftritt beziehungsweise auftrat. Offizielle Mieterin des Ladengeschäftes in Halle, in dem sich „The Last Resort“ als wichtiger Szenetreff etabliert hat, ist Liebichs Schwester.

Künftig wollen die Behörden in Sachsen-Anhalt gegen die rechte Szene verstärkt das Mittel der Vermögensabschöpfung einsetzen. Ursprünglich ist dieses Sanktionsinstrument gegen die Organisierte Kriminalität geschaffen worden. Man könne damit aber auch die Geschäftemacher der rechten Szene empfindlich treffen, glaubt Sachsen-Anhalts Innenminister Manfred Püchel. Danach können Bankguthaben und sonstige Vermögensgegenstände von Straftätern beschlagnahmt und eingezogen werden, wenn nicht der redliche Erwerb dieser Guthaben und Vermögensgegenstände zweifelsfrei nachgewiesen werden kann. *E.L.*

Hintergrund**Braune Subkultur**

Mit Blood & Honour wurde der größte neonazistische Musikveranstalter verboten. Auf den boomenden Markt dürfte sich das Verbot kaum auswirken.

Mindestens 200 000 Jugendliche betätigen sich derzeit in Deutschland musikalisch in rund 40 000 Bands: Punk, HipHop, Techno, Jazz und Rock in allen Varianten. Darunter befinden sich 100 bis 120 Bands, deren Mitglieder der extrem rechten Szene entstammen. Keine dieser Bands kann von ihrer Musik leben. Denn Radio- und TV-Sender boykottieren braune Musik aus deutschen Landen ebenso wie der normale Plattenhandel. So erfolgt der Vertrieb über szeneeigene Label und Mailorder per Post oder Internet, oft aus dem Ausland, über Skin- und Neonazi-Magazine, die Bands und deren Freundeskreise selbst und etwa 30 bis 40 Geschäfte, die auch rechte Produktionen, zumeist unter der Ladentheke, anbieten. Regionale Schwerpunkte bilden Sachsen und Baden-Württemberg, die wichtigsten Produzenten und Händler sitzen in Nordrhein-Westfalen.

Rund 160 Konzerte wurden 1999 bundesweit bekannt (darunter rund 60 Liedermacher- und Balladenabende), von denen gut ein Drittel von Blood & Honour organisiert wurden. Allerdings reisten zu denen selten mehr als 200 bis 300 Fans an. Auf Rechtsrock-Konzerten tummeln sich nicht unbedarfte Schüler und Nachbarkinder, sondern Szene-Insider. Sie dienen der internen Kommunikation der braunen Gemeinde, nicht der Rekrutierung von Außenstehenden. Die Konzerte werden selten öffentlich angekündigt, wissen die Veranstalter doch, dass dann die Polizei und Gegendemonstranten zumeist zahlreicher vor Ort sind als die eigentlich erwünschten Gäste. So erfolgt die Bekanntgabe über persönliche Wege (Telefon, kleinauflagige Flyer und Rundbriefe, kennwortgeschützte Websites), die Mobilisierung zum wirklichen Auftrittsort erst während der Anreise per Handy.

Etwa 20 Rechtsrock-Bands sind unter Schülern zumindest namentlich allgemein bekannt, durchschnittlich zwei bis sechs Schüler pro Klasse haben die Musik schon „gelegentlich“ gehört, ergab eine Studie des Archivs der Jugendkulturen in Berlin. Etwa 8 000 bis 10 000 Fans konsumieren „re-

gelmäßig“ und „überwiegend“ Rechtsrock, über 80 Prozent sind männlich und im Alter zwischen 14 und 30 Jahren.

Bereits ab Herbst 1992 begannen staatliche Organe massiv, die subkulturellen Aktivitäten der rechten Jugendszenen zu stören. Mehr als 200 Tonträger mit neonazistischen und gewaltverherrlichenden Inhalten wurden indiziert, gegen mehr als 40 Musiker juristische Maßnahmen eingeleitet, die in mehreren Fällen zu empfindlichen Haftstrafen führten.

Diese Repressivmaßnahmen des Staates blieben nicht folgenlos. Doch die Folgen fielen anders aus, als womöglich erwünscht. Die Indizierungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften weckten das Interesse „normaler“ jugendlicher Konsumenten: Die Indizierungslisten verwandelten sich auf Schulhöfen in Hitlisten; sobald die Indizierung oder auch Beschlagnahme einer Produktion bekannt gegeben wird, laufen überall in der Republik die CD-Brenner heiß; die Auflagen steigen. Sogar die Zahl der Konzerte vervierfachte sich seit 1992 – obwohl inzwischen zwei von drei geplanten Rechtsrock-Konzerten verboten oder von der Polizei verhindert werden. Existierten vor 1992 fünf Vertriebe und Plattenlabel, so tummeln sich heute über 60 subkulturelle Kleinstunternehmen auf dem deutschen Markt. Der staatliche Verfolgungsdruck hat den Handel mit rassistischem und extrem rechten Liedgut vor allem professionalisiert. Anwälte wurden zu Ersthörern, loteten die Grenzen der Legalität aus und halfen den Bands, ihre Ansichten in eine juristisch schwer angreifbare Sprache zu kleiden. Routiniert distanzieren sich Rechtsrocker heute von strafbarer Gewalt, vermeiden in ihren Texten eindeutige NS-Bezüge und fordern statt „Ausländer raus!“ die Abschiebung „ausländischer Drogenkrimineller“, eine Forderung, mit der auch brave Bürger in aufgeputzten Zeiten konform gehen.

Blood & Honour stand stets für eine Minderheit innerhalb der braunen Subkultur, die für Kompromisslosigkeit und eindeutigere Botschaften eintrat. Ihr Verbot ist für die Aktivisten eher Bestätigung denn Überraschung – und kommt ihnen möglicherweise sogar gerade zur rechten Zeit, um in den letzten Monaten massiv aufgetretene interne Konflikte unter dem Vorwand des notwendigen engen Schulterschlusses einzudämmen. Die nächste Ausgabe ihres Magazins wird vermutlich einige Wochen verspätet auf den Markt kommen und ein schwedisches Impressum aufweisen. *Klaus Farin*

Aktivitäten**Freiheit für Neonazis**

Die braune Szene macht gegen die bevorstehende Schließung des „Club 88“ im schleswig-holsteinischen Neumünster mobil. Auch bei normalen Bürgern werden Unterstützungsunterschriften für den Erhalt der Lokalität gesammelt.

Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) hat den Protest gegen den überregional vernetzten Neonazi-Treffpunkt „Club 88“ in Neumünster zur Chefsache erklärt. Sie war jetzt auf einer Gegenkundgebung des örtlichen „Bündnis gegen Rechts“ am Samstag, den 16. September die Hauptrednerin und rief den 1300 Zuhörern „Kein Fuß breit den Faschisten“ zu.

Unterdessen marschierte der Hamburger Neonazikader Christian Worch mit knapp 550 so genannten Freien Nationalisten unter massivem Polizeischutz durch die Straßen der schleswig-holsteinischen Stadt. Er kündigte bereits weitere Aufmärsche in Neumünster an. Die Teilnehmer kamen wie bereits 14 Tage zuvor aus dem gesamten norddeutschen Raum, aber auch aus Nordrhein-Westfalen. Die Anreise erfolgte teilweise im Reisebus. Als Kundgebungsredner traten der Hamburger Thomas „Steiner“ Wulff und Peter Borchert auf. Letzterer hat seinen Wohnsitz kürzlich von Kiel nach Neumünster verlegt. Ihm wird eine Liaison mit der „Club 88-Betreiberin“ Christiane Dolscheid nachgesagt, die auf dem Neonazi-Marsch eifrig mit der Videokamera unterwegs war. Der vorbestrafte Borchert wird auch zu den Personen gerechnet, die am 17. August den Rudolf-Hess-Marsch im von Neumünster benachbarten Bad Bramstedt vorbereitet hat. Er wurde dort auch vorläufig festgenommen - mit ihm viele Gesinnungskameraden aus Neumünster, aus dem Kreis Segeberg und dem Raum Pinneberg/Elmshorn. Damit sind auch schon die im nördlichsten Bundesland derzeit aktivsten Kameradschaften genannt - von Lübeck einmal abgesehen. Die Strafverfolgungsbehörden gehen davon aus, dass der braune Marsch in Bad Bramstedt seinerzeit im „Club 88“ mit einem Vorbereitungstreffen initiiert wurde. Erst jetzt wurde bekannt, dass vor dem neonazistischen Szene-Lokal in Neumünster unlängst zwei junge Fußballer ausländischer Nationalität angepöbelt und bedroht worden sind.

Zu Worch und Anhängern gesellten sich übrigens sogar skandinavische Rechtsextremisten - schon lange ist bekannt, dass es zu der kleinen Gaststätte in Neumünster internationale Verbindungen gibt. Christian Worch konnte sich einen Seitenhieb gegen die NPD nicht verkneifen. Er kritisierte den Bundesvorsitzenden der Nationaldemokraten, Udo Voigt, der sich aus Angst vor einem Parteiverbot „feige verkriecht“. Im Demonstrationszug der Neonazis war sogar ein Schild zu sehen, das gegen den NPD-Landesvorsitzenden Ingo Stawitz polemisierte. Da war es geradezu Hohn, dass Jürgen Gerg von den Jungen Nationaldemokraten aus Lübeck die ganze Zeit nicht von Worchs Seite wich. Der schleswig-holsteinische NPD-Vorsitzende Ingo Stawitz setzte in seiner Heimatstadt Uetersen jetzt verwaltungsrechtlich an zwei Tagen NPD-Informationstische durch, die ihm von der Stadt zunächst verboten worden waren. Am ersten Tag beäugte er nur das Terrain und nahm sein erstrittenes Recht gar nicht wahr, am zweiten Tag baute er sich dann in der Fußgängerzone auf.

■ „Kleine etablierte Machtclique so genannter ‘Demokraten’“ ■

Nach Ende des Neonazi-Aufmarsches vom 16. September - auch führende Kader wie Bernd Stehmann fehlten nicht - feierten viele noch im „Club 88“. Dolscheid hatte im Hof eigens einen Zelt-Pavillon aufgebaut. In den nächsten Tagen wird eine erstinstanzliche Entscheidung erwartet, ob die angeordnete Schließungsverfügung für den „Club 88“ durch die Stadt Neumünster juristisch Bestand hat. Bis dato sind die Türen der Neonazi-Kneipe geöffnet. An deren Tür prangert seit Wochen der Anspruch Rosa Luxemburgs: „Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden“. Die Unterschriftensammlung gegen den „Club 88“ durch die Bündnisgrünen-Bundestagsabgeordnete Angelika Beer, die sich seit Monaten für dessen Schließung stark macht, wird in Kürze der Landesregierung von Schleswig-Holstein überreicht werden. Das Umfeld des „Club 88“ hat unterdessen ebenfalls damit begonnen, Unterstützungsunterschriften zum Erhalt des Treffpunktes zu sammeln. Eine „kleine etablierte Machtclique so genannter ‘Demokraten’“ würde „die Freiheit politisch Andersdenkender mit Füßen“ treten, heißt es in einem Flugblatt. Die Bürgerinnen und Bürger werden von den Neonazis aufgefordert, mit ihrer Unterschrift „ein Zeichen gegen Faschismus und Intoleranz“ zu setzen.

B. Ohne

Hintergrund**Keine Saubermänner**

Auch bei den Republikanern finden sich hinreichend Belege für rechtsextremes Gedankengut. Ideologische Differenzen zur NPD bestehen allenfalls in Nuancen.

Endlich kann sich der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer von Herzen freuen. Zwar haben sich die Aussichten für seine marode Partei keineswegs verbessert, aber wenigstens sorgt die gegenwärtige Debatte um die extreme Rechte, da sie sich fast ausschließlich auf die NPD und deren Umfeld konzentriert, dafür, dass seine Partei etwas aus der Schusslinie gerät und sich bei den anvisierten Bündnispartnern besser als „demokratisch legitimierte Rechte“ präsentieren kann. Wenn am Ende der aktuellen Diskussionen tatsächlich ein NPD-Verbot stehen sollte, so wird Schlierer erst recht frohlocken: ein feindliche Bruder wäre ausgeschaltet, ohne dass die REP selbst etwas dafür hätten tun müssen.

Dabei genügt ein Blick in die monatliche Parteizeitung „Der Republikaner“, um sich zu überzeugen, dass sich die ideologischen Differenzen zwischen der NPD und den REP in zentralen Punkten auf sprachliche Nuancen reduzieren. Antisemitismus und Rassismus, Hetze gegen Minderheiten und revisionistische Tendenzen, Nationalismus und Wohlstandschauvinismus sind in jeder Ausgabe zu finden. Der einzige wesentliche Unterschied zwischen dem „Republikaner“ und der „Deutschen Stimme“ besteht darin, dass letztere einen größeren Umfang aufweist, regelmäßiger erscheint und professioneller gestaltet ist.

Lediglich acht Seiten, auf denen die Landtagsfraktion Baden-Württemberg stark überproportional repräsentiert ist, bringen die Redakteure Michael Paulwitz, Klaus-Dieter Motzke und Chef Rolf Schlierer selbst an das Parteipublikum. Der Kreis der regelmäßigen Mitarbeiter ist schmal und beschränkt sich wesentlich auf Hauptamtliche. Nicht der Partei angehörende Personen finden sich selten unter den Autoren, höchstens einmal solche aus dem engeren Umfeld als Interviewpartner, zuletzt unter anderen Dieter Stein oder Heinrich Lummer. Das angestrebte monatliche Erscheinen konnte bisher nicht realisiert werden. Eine Außenwirkung ist nicht erkennbar.

Das Blatt soll einerseits durch Erfolgsmeldungen den verbliebenen Mitgliedern Mut machen, andererseits die vorhandene Ideologie der Lesenden festigen. Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor in der Agitation gegen in Deutschland lebende Ausländer, Asylsuchende und ethnische Minderheiten, wobei ein biologistischer Rassismus durch einen kulturalistischen ergänzt wird. Zur Illustration einige Überschriften aus der April-Ausgabe. „Deutschland im Inderwahn“ lautet die Balkenüberschrift zum Aufmacher, um im Blattinnern im gleichen Tenor fortzufahren: „Asyl-Heuchelei bei den Altparteien“ (S. 4), „Flugblattaktion gegen islamisches Kulturzentrum“ (S. 6) und „Republikaner informieren sich in der Mannheimer Moschee“.

Mit gleicher Stoßrichtung heißt es in der Überschrift zum Aufmacher im Mai: „Die Schleusen werden geöffnet - Europa zwingt uns Zuwanderung auf - die Politiker kapitulieren“ (S. 1). Bereits an dieser Stelle werden mehrere diskursive Stränge verknüpft. Die Zuwanderung findet erstens massenhaft und ungeregelt statt, denn wenn „Schleusen“ erst einmal geöffnet sind, dann „strömt“ alles vorhandene Wasser ungehindert und unkontrolliert herein. In einem zweiten Schritt wird die Verantwortung für den angeblichen Missstand von der nationalen Ebene auf die europäische verlagert, denn „Europa“ zwingt diesen Prozess auf. Den deutschen Politikern komme allerdings - drittens - die Verantwortung zu, vor diesem „Zwang“ zu kapitulieren.

Diese „Kapitulation“ wird immer wieder illustriert. So heißt es in der Bildunterschrift zum Beitrag „Wie die Bremer Asylbetrüger abkassierten“, in dem spektakuläres kriminelles Handeln als Regelfall dargestellt wird: „Immer noch viel zu spät und viel zu selten: Abschiebung abgelehnter Asylbewerber“. Die REP reagieren in den wenigen Regionen, in denen sie noch handlungsfähig sind, propagandistisch. So folgte beim genannten Beispiel umgehend eine Kleine Anfrage an die Landesregierung Baden-Württemberg mit dem Auskunftsverlangen nach „bekannten Fällen des Verdachts von Sozialhilfeerschleichung durch Asylbetrüger“. Schon wegen fehlender Zuständigkeit war der Antrag der REP im Landtag, über den die Parteizeitung berichtet, den Artikel 16 des Grundgesetzes abzuschaffen und durch eine einfache gesetzliche Regelung zu ersetzen, abzulehnen. Der Verweis im „Republikaner“, dies sei „einheitlich durch die anderen Fraktionen“ gesehen, ist als Nachweis gedacht, dass Unterschiede zwischen

diesen nur vorgetäuscht seien und sie alle im Gegensatz zu den REP bezüglich der dringenden Probleme untätig blieben.

Ausländer in Deutschland werden grundsätzlich in einen Kontext der Bedrohung gestellt. So heißt es als Überschrift eines Textes zur Einwanderung: „Leichtere Landnahme durch neues Recht“ (5/00, S. 7). Die mit dem Begriff „Landnahme“ geweckten Assoziationen sind sicherlich nicht unerwünscht: Raub, Invasion, Kolonisation. Ein dumpfes Gefühl der Bedrohung wird überall dort beschworen, wo von fremdartigen Menschen die Rede ist. So heißt es drastisch ebenfalls als Überschrift fordernd im Mai: „Sinti- und Roma-Sumpf in Offenbach austrocknen“. Der „Sumpf“ ist in der allgemeinen Vorstellung ein gefährliches Gebiet, Brutstätte von Ungeziefer und Krankheitserregern. Er verliert seine Bedrohlichkeit nur durch radikale Maßnahmen, eben die Austrocknung. Durch den Zuzug von Sinti- und Roma-Gruppen sei es im Stadtteil Mainpark „zu einer starken Belästigung der ansässigen Bevölkerung“, zu „unerträglichen Zuständen“ gekommen. Worin diese bestehen, wird der Fantasie überlassen. Auch in diesem Fall wird auf bestehende Vorurteilsstrukturen gesetzt. Die Stadtverordnetenfraktion, der Hinweis darf nicht fehlen, hat sich „solidarisch mit Bewohnern“ erklärt, die „zur Selbsthilfe gegriffen“ haben.

■ Deutschland von innen und außen bedroht ■

Die angebliche Bedrohung durch Zuwandernde ist dabei im „Republikaner“ nur ein Aspekt einer umfassenden Bedrohung, die wie ein Damoklesschwert über Deutschland schwebt. Sie steht allerdings in diesem Szenario in aller Regel in Verbindung mit den meisten anderen Aspekten. So begründet Rolf Schlierer seine Forderung nach einem „Rückführungsgesetz“ mit der Ansicht, dass die Arbeitslosigkeit „untrennbar mit der Frage der Zuwanderung verbunden“ sei. Grundsätzlich scheint es so zu sein, dass die Schwächsten der Gesellschaft schamlos die Stärkeren ausbeuten. „Vollsanierung de luxe für Sozialhilfeempfänger?“ heißt es vorsichtshalber in Frageform in der gleichen Ausgabe (5/00, S. 5).

Liegt die Bedrohung einmal nicht auf der materiellen Ebene, so manifestiert sie sich im kulturellen Bereich. Der „englischsprachige Musikbrei“ im „öffentlich-rechtlichen Dudelfunk“ führe zu Pro-

testen von Menschen, „die sich den verordneten Einheitsgeschmack nicht mehr bieten lassen wollen“ (5/00, S. 5). Ebenfalls von Kreisen, die den gesunden Menschenverstand zu unterhöhlen trachten, sind offenbar die Proteste gegen die österreichische Regierung gesteuert. Auch in diesem Fall werden wiederum mehrere Feindbilder zu einem ideellen Gesamtfeind verschmolzen. „Wegen Haider‘ hatten mehrere ‘internationale Porno-Stars‘ ihre Teilnahme am Wiener Opernball abgesagt“, meldet der „Republikaner“ (3/00) auf der Titelseite. Und ergänzt: „Der Produzent der Porno-Darsteller, David Greenspan, habe mit Hinweis auf seine jüdische Abstammung den Besuch unterbunden“. Alles passt: Sittenlosigkeit, Dekadenz - es handelt sich um Pornostars „vom Transvestiten bis zum lesbischen Duo“ -, der Verweis auf die jüdische Abstammung, der an das „jüdische Hollywood“ gemahnende offenbar amerikanische Name. Der Gastgeber der boykottierenden Schar ist zudem „Besitzer eines Kontakt-Magazins“. Das also - so die Botschaft - sind die Bündnispartner der Haider-Kritiker.

Deutschland wird von innen und außen bedroht. „Mit der Union als Erfüllungsgehilfen macht sich der Staat zum Dealer“, er leiste durch neue Ansätze in der Drogentherapie „zumindest Beihilfe“ zum Begehen von Straftaten“, so der Parteivorsitzende. Der Landtagsabgeordnete Wolf Krisch empört sich unter der Überschrift „Die große Erpressung“ über die Zwangsarbeiterdebatte: „Ich sehe eine Parallele zwischen der Anti-Wehrmachtausstellung des Herrn Reemtsma und der Zwangsarbeiter-Initiative des Herrn Stihl - beider Väter haben das Dritte Reich unterstützt und von ihm profitiert“. (4/00, S. 7) Bundespräsident Johannes Rau habe „sinnigerweise kurz nach dem Jahrestag der deutschen Kapitulation“ eine „moraltriefende Ansprache“ gehalten, „in der er islamischen Religionsunterricht an den Schulen“ gefordert habe. Dabei steht für Rolf Schlierer fest: „Der Islam hat in Deutschland nichts verloren. (...) Wir wollen selbst bestimmen, wie wir in unserem Lande leben.“ (3/00, S. 8)

Nicht nur für diese Ausführungen hätte er wohl auch von der NPD heftigen Beifall bekommen. Unverständlich sind angesichts solcher Positionen Entwicklungen wie in Hanau, wo eine faktische Koalition zwischen CDU und REP besteht. Die Parteizeitung frohlockt: „Aus den einstigen ‘Schmudelkindern’ sind hofierte Mehrheitsbeschaffer geworden.“ (6/00, S. 6) Auch eine Möglichkeit, sich unglaublich zu machen.

Jean Cremet

Aktivitäten**Auffangbecken NPD**

Zur verbotenen Wiking-Jugend hatte die Partei beste Verbindungen.

In der aktuellen Diskussion um ein Verbot der NPD wird darauf hingewiesen, dass dort auch ehemalige Kader und Mitglieder verbotener Neonazi-Organisationen Unterschlupf gefunden haben. Besonders zahlreich in der NPD vertreten sind einstige Kameradinnen und Kameraden der Wiking-Jugend (WJ).

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 13. April 1999 die vom damaligen Bundesminister des Innern, Manfred Kanther (CDU) am 10. November 1994 getroffene Entscheidung bekräftigt, mit der die Wiking-Jugend wegen Wesensverwandtschaft mit der NSDAP und der Hitler-Jugend als verfassungswidriger Verein verboten wurde. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte die Ansicht des Innenministeriums, die WJ hänge einer rassistisch geprägten Ideologie an, sei nach dem Führerprinzip organisiert, orientiere sich am nationalsozialistischen Sprachgebrauch, solle wie die HJ Jugendliche zu einer demokratiefeindlichen Weltanschauung erziehen und wolle „das Grundgesetz notfalls mit Gewalt abschaffen und einen nationalsozialistischen Staat errichten“. Betont wurde vom Bundesverwaltungsgericht auch, dass die WJ die Bundesrepublik verunglimpft und unter anderem antisemitische Äußerungen publiziert habe.

Letzter Vorsitzender der zum Verbotszeitpunkt rund 400 Mitglieder zählenden Wiking-Jugend war Wolfram Nahrath, der im WJ-Fahrtenplan 1993 die Bundesrepublik als „Siegermachtsdemokratie“ diffamierte. Der Jurist Nahrath verteidigte 1996 den Neonazi Christian Wendt vor dem Landgericht Berlin. Wendt, der Anfang 1998 eine „Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten innerhalb und außerhalb der NPD“ gründete, leitet derzeit den Bereich „Neue Medien“ beim NPD-Bundesverband.

Im Haus seines Vaters Wolfgang Nahrath in Stolberg/Nordrhein-Westfalen befand sich damals auch die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten. Wolfgang Nahrath, der vor seinem Sohn Wolfram den Vorsitz der WJ innehatte, war früher NPD-Bundesvorstandsmitglied und 1994 NPD-Kandidat bei der Wahl zum Europäischen Parla-

ment. Die Wiking-Jugend schaltete auch in der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ Anzeigen wie „Nationaldemokrat: Deine Kinder gehören in die Wiking-Jugend“. Umgekehrt inserierte im „Wikinger“ unter anderem die „Deutsche Zukunft“, die vom NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen herausgegeben wird. Dies war auch noch in der letzten erschienenen Ausgabe des „Wikinger“ (3/94) der Fall.

Juristisch stand der verbotenen Wiking-Jugend bis zuletzt der heutige stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Hans Günter Eisenecker zur Seite.

Anton Pfahler, auf dessen Gelände im bayrischen Sinning sich 1998/99 Redaktion, Anzeigenabteilung und Versandhandel des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ befanden, gehörte einst sowohl der Wiking-Jugend als auch der rechtsterroristischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ an.

Redner bei NPD-Großveranstaltungen ist der Hamburger Rechtsextremist und Rechtsanwalt Jürgen Rieger, ebenfalls einstiger Kader der WJ.

Als „nationaldemokratischer Hofsänger“ ist Frank Rennie bekannt. Wie Edda Schmidt, Beisitzerin im NPD-Landesvorstand Baden-Württemberg, gehörte er einst dem WJ Gau Schwaben an.

Außerdem fanden ihren Weg von der Wiking Jugend zur NPD: Katharina Handschuh, bis zum Frühjahr 1999 als JN-Bundesmädelsbeauftragte, Axel Schunk, bis 1998 NPD-Landesvorstandsmitglied in Bayern, Hans-Peter Krieger, einst Kopf der Initiative Gesamtdeutschland und Bonner FAP-Kreisvorsitzender, NPD-Kandidat bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 1994 in Bonn, Marcus Spruck, zuletzt Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg. NPD-Landesvorstandsmitglied in Niedersachsen ist Manfred Börm, ehemals WJ-„Gauleiter Nord“.

Thomas Sattelberg, einst Kader der sächsischen WJ und Mitarbeiter des „Trotzkopf“, avancierte später zum Sänger der Skinband „14 Nothelfer“ und baute in seiner Eigenschaft als Mitglied des NPD-Kreisvorstandes Sächsische Schweiz den örtlichen Ordnungsdienst seiner Partei auf. Gleichzeitig war er Mitglied der jüngst zerschlagenen Gruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS), die als eine Art Vorfeldorganisation der NPD tätig war. Ihre Mitglieder bewachten NPD-Infostände und klebten Plakate. „Ein Teil der Mitglieder bei den SSS“ soll nach Erkenntnissen des sächsischen Innenministeriums „zugleich auch Mitglied bei der NPD“ gewesen sein.

Anton Maegerle

Seitenblick

Ein Schlusstrich

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat der Forderung der Vertriebenen nach einem eigenen Mahnmal eine Absage erteilt.

Die Erwartungen der Delegierten des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin waren groß. Immerhin kam zum ersten Mal ein sozialdemokratischer Bundeskanzler als Redner zu ihnen. Anlass war der 50. Jahrestag der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Ende 1950 hatten sie in dieser Charta auf Gewalt und Rache für die Vertreibung verzichtet, allerdings mit keiner Silbe auf die Ursache ihrer Vertreibung hingewiesen - Hitlers Raub- und Vernichtungskrieg. Im Vorfeld des Jahrestages hatte die Vorsitzende des BdV, die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, mehrfach ein eigenes Mahnmal für die heimatvertriebenen Deutschen im Herzen von Berlin nahe dem Mahnmal für die ermordeten Juden Europas gefordert. Da gebe es nämlich Gemeinsamkeiten. Schließlich seien die Juden zunächst Vertreibungsoffer gewesen. Weder der Zentralrat der Juden noch andere Organisationen wandten sich gegen die völlig unangemessene und historisch abwegige Argumentation. Steinbach hatte im Sommer gelegentlich noch sinngemäß hinzugefügt, der Bundeskanzler stehe dem Vorschlag wohlwollend gegenüber. Nun also Anfang September im Berliner Schauspielhaus wartete man auf Schröders Ja.

Doch es kam glücklicherweise anders. Seine Teilnahme an dem Festakt sei eine Aufforderung, „miteinander zu reden, anstatt Vorurteile zu pflegen“. Zwar setze die Bundesregierung sich dafür ein, das Verbrechen der Vertreibung zu einem sanktionsbewehrten völkerrechtlichen Tatbestand zu machen. Sie hege aber keinerlei Gebietsansprüche gegenüber jenen Staaten, aus denen Deutsche vertrieben worden seien. Außerdem werde sie ihre Beziehungen mit diesen Staaten nicht durch Fragen belasten, die aus der Vergangenheit herrührten. Die Festversammlung ahnte oder spürte, nun werde der Kanzler sich zu dem „Zentrum der Vertreibung“ äußern. Schröder erfüllte die Erwartung der Gastgeber, allerdings nicht in deren Sinn. Ein solches Zentrum werde nicht gebaut. Schließlich gebe es in Deutschland viele ausgezeichnet ausgestattete dezentrale Einrichtungen, die eine bessere Alternative zur Wahrung des kulturellen Erbes dar-

stellten. Der Bundeskanzler ging nicht auf die verquere Verbindung Steinbachs zwischen Juden und BdV-Anhängern ein, die Juden seien zuerst auch Vertreibungsoffer gewesen. Die Juden sind nämlich während der NS-Zeit keineswegs vertrieben, sondern in den Tod transportiert worden. Steinbach weiß das selbstverständlich, missbraucht also das Leid der Juden, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Die CDU-Politikerin täte nach der Annäherung durch den Bundeskanzler außerdem gut daran, ihre unsägliche Solidarität mit den Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach Entschädigung für „sudetendeutsche Opfer tschechischer Gewalt“ aufzukündigen. Wenn in wenigen Jahren Polen, Ungarn und Tschechien Mitglieder der EU sein werden, können die Nachfahren der Vertriebenen sich ohnehin in der „alten Heimat“ niederlassen. Bundeskanzler Schröder hat einen Strich unter das „Zentrum gegen Vertreibung“ gezogen. Wenn überhaupt noch ein weiteres Mahnmal in Berlin gebaut werden muss, dann eines für die Sinti und Roma, weil die ähnlich den Juden als Volk vernichtet werden sollten.

Heiner Lichtenstein

Hinweis

Berlin - Der SPD-Landesverband Berlin führt vom Samstag, den 14. Oktober bis Montag, den 16. Oktober eine Gedenkstättenfahrt in das ehemalige KZ Mauthausen in Österreich durch. Auf dem Programm stehen neben einer Führung durch die Gedenkstätte Mauthausen unter anderem eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung sowie die Besichtigung des ehemaligen Außenlagers Ebensee. Am Samstagabend haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, mit oberösterreichischen Landespolitikern über die „Rechtsentwicklung in Europa“ zu diskutieren.

Info: SPD-Landesverband Berlin, Tel. 030 / 46 92-0, Fax - 46 92 164; e-mail: spd@spd-berlin.de; <http://www.spd-berlin.de>

Potsdam - Die Falken in Brandenburg organisieren gemeinsam mit den Jusos vom 9. bis 12. Oktober eine viertägige Gedenkstättenfahrt nach Polen. Erste Station ist Krakau mit der Besichtigung des alten jüdischen Viertel Kazimierz sowie der Reste des Ghettos in Podgorze. Weiterhin führt die Fahrt zu der Gedenkstätte von KZ und Vernichtungslager Auschwitz und Auschwitz-Birkenau.

Info: <http://www.aktiv-gegen-rechts.de>

Demokratische Initiativen**Fremde sind Freunde**

Deutsche Automobilfirmen melden sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu Wort.

Augenscheinlich aufgeschreckt durch den Sprengstoffanschlag am 27. Juli in Düsseldorf, bei dem zehn Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, haben Politik und Medien sich des Themas rechte Gewalt während der vergangenen Wochen in bisher nicht gekannter Weise angenommen. Ob sich das wünschenswerte dauerhafte gesellschaftliche Engagement gegen rechts entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Momentan sind es eher die hohen Benzinpreise, die die Schlagzeilen beherrschen.

Fast tägliche Meldungen über gewalttätige Übergriffe auf Ausländer haben aber auch deutsche Autobauer dazu bewogen, hier konkret Stellung zu beziehen. Der Vorstandsvorsitzende der Münchner BMW Group, Professor Joachim Milberg, hat sich am 4. August mit einem Statement in der Münchner „Abendzeitung“ öffentlich geäußert und erklärt, dass sich die Wirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung stehlen dürfe: „Wenn wir als Unternehmen überall auf der Welt ‘zu Hause’ sein dürfen, dann muss es uns wichtig sein, dass auch ein jeder, der zu uns kommt, als gleichberechtigt akzeptiert und als Persönlichkeit geachtet wird.“ Für die Firma galt dies gleichzeitig als Auftakt, mit ihrer Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt jetzt an die Öffentlichkeit zu treten. Dass es sich nicht um bloße Effekthascherei handelt, wird schon dadurch deutlich, dass die Kampagne vor rund zehn Jahren begonnen wurde, wie Anneliese Schillinger, Leiterin der Abteilung Gesellschaftspolitik, gegenüber „blick nach rechts“ betonte. Der Konzern investiere dafür jährlich eine gut siebenstellige Summe, unterstrich sie auf Nachfrage.

Gerade Jugendlichen gegenüber sieht BMW seine besondere soziale Verantwortung. Was sie als spätere Gestalter der Gesellschaft heute erlebten, lernten und an Werten übernahmen, sei von sehr hoher Bedeutung. Einen Beitrag leisten gegen Fremdenfeindlichkeit kann interkulturelles Lernen. Das Unternehmen fördert das inkulturelle Projekt LIFE, ein theoretisches sowie praxisbezogenes Grundlagenwerk in Form einer Loseblatt-Sammlung, wobei zurzeit an der dritten Ergänzungslieferung ge-

arbeitet wird, für die pädagogische Arbeit. Im Rahmen von LIFE werden einmal jährlich Preise an Jugendliche für Projekte zur Thematik „Kulturen lernen von- und miteinander“ sowie die beste wissenschaftliche Arbeit auf dem Forschungsgebiet der interkulturellen Bildung vergeben.

Das von der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik und dem Stadtjugendamt München erstellte Anti-Gewaltprojekt „Fass mich nicht an“ bietet Jugendlichen online und per CD-Rom Antworten zum Thema Gewalt in ihren unterschiedlichsten Erscheinungsformen. Im Internetforum (<http://www.fassmichnichtan.de>) können sich junge Menschen über ihre Probleme austauschen, ihre Ideen, Projekte und Aktionen vorstellen. Angeboten werden zu bestimmten Zeiten auch Live-Gespräche mit Experten. Eltern und Fachleute aus Pädagogik und Sozialarbeit finden unter anderem Tipps zum Einsatz der CD-Rom, Literaturempfehlungen und weitere Hinweise. Zu der CD-Rom, die unlängst in englischer Version erschienen ist, die weltweit eingesetzt werden soll, gibt es auch ein Begleitheft. Unterstützt werden von den Münchner Autobauern ebenso konkrete Initiativen vor Ort. Unter anderem wurde für Münchner Streetworker ein Doppeldeckerbus gekauft und zu einem „fahrbaren Heim“, einer „mobilen Kneipe“ umgebaut. Dadurch soll zum Beispiel an Fußballstadien und bekannten Skinheadtreffpunkten das Gespräch mit gewaltbereiten Jugendlichen in deren Milieu ermöglicht werden.

Zu Wort gemeldet haben sich aber auch andere Automobilfirmen. Die Ford-Werke AG wandten sich in einer breit angelegten Anzeigenkampagne in Tageszeitungen gegen Hass, Hetze und Gewalt gegen ausländische Mitbürger und treten für eine multikulturelle Gesellschaft ein, in der gegenseitige Achtung und Wertschätzung Grundsätze seien. Die Anregung zu dieser Initiative stamme aus der Mitarbeiterschaft, erklärte eine Ford-Sprecherin. Eine glänzende Idee hatte die Werbeagentur der Opel AG. In mehreren Tageszeitungen veröffentlichte der Sponsor des FC Bayern München eine ganzseitige Anzeige, die fast vollständig aus den grafischen Umrissen eines Fußballfelds bestand. In der einen Hälfte standen vier Namen: Kahn, Jeremies, Scholl, Jancker; in der anderen keiner. Und darunter die Frage: Ausländer raus? In einem dazu gehörigen Text erläuterte Opel, warum ausländische Arbeiter gebraucht werden, um Autos herzustellen und warum ausländische Fußballer gebraucht werden, um Pokale zu gewinnen. Ein gutes Beispiel für die Kampagne der Industrie. *Gabriele Nandlinger*

Demokratische Initiativen

Die Opfer schützen

Zur Verbesserung der Situation von ethnischen Minderheiten werden verschiedene Gesetzesinitiativen diskutiert.

Der Sommer ist vorbei. Innenpolitiker, Ministerpräsidenten und Parlamentarier sind aus dem Urlaub zurück - schon mischen sich in die Debatte über den Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus gesetzgeberische Initiativen und Vorschläge. Den Anfang machte Mitte August der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) mit seinem Vorstoß, das Zivilrecht zu ändern, um den Bürgern größere Eingabemöglichkeiten im Kampf gegen Rechts zu gewähren. Biedenkopf forderte, dass sich die Bürger künftig mit Unterlassungsansprüchen vor „unzumutbaren Belästigungen“ schützen können sollten - wenn zum Beispiel in ihrer Umgebung „national befreite Zonen“ gefordert werden, sollten sich Einzelne, aber auch Verbände mit einer Unterlassungsklage an das nächste Amtsgericht wenden können. Bei Missachtung würden Ordnungsgelder bis zu einer halben Million Mark oder Ordnungshaft bis zu zwei Jahren fällig. Bis Ende des Jahres will Biedenkopf einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht haben. Umstritten ist bisher vor allem, wie „politische Umweltverschmutzung“ im konkreten Fall definiert werden soll.

Einen Vorstoß in Richtung Strafrecht unternahm Anfang September der brandenburgische Justizminister Kurt Schelter (CDU) mit seiner Forderung nach einer Einführung so genannter „Hassparagrafen“. Vorbild ist die sogenannte „Hate Crime“-Gesetzgebung der USA: Dort werden in den meisten Bundesstaaten Taten, die aufgrund von Verachtung ethnischer Abstammung, nationaler Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung begangen werden, härter bestraft. Formaljuristisch wirkt der „Hass“, aus dem heraus eine Straftat begangen wird, strafverschärfend und erklärt eine Straftat per se als Verbrechen. In Deutschland hätte eine derartige Übernahme zur Folge, dass beispielsweise jede schwere Körperverletzung und jeder Angriff aus einer Gruppe heraus mit einer Mindeststrafe von drei Jahren geahndet werden müsste. Auch die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) hatte sich bereits zuvor für die Einführung eines „Hassparagrafen“ ausgesprochen.

Innenpolitisch stößt der Vorstoß Schelters bei SPD wie Grünen bisher auf wenig Gegenliebe. Gelegenheit zu einer intensiveren Debatte über die Lage in den USA bot sich am 5. September in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin, die zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Hate Crime-Gesetze der USA - ein Modell für Deutschland?“ geladen hatte. Dort gab sich der Vertreter der größten US-amerikanischen Schwulen- und Lesbenorganisation „Human Rights Campaign“ alle Mühe, der überwiegend ablehnenden Haltung etwas entgegenzusetzen: Natürlich, argumentierte Besen, hätten die schärferen Gesetze die USA mitnichten zu einem kriminalitätsfreien Raum gemacht - gelungen sei es aber, „ein Klima zu verändern, das Gewalt gegen Minderheiten akzeptiert hat.“ Seit Einführung der Gesetze fühlten sich die Opfer besser geschützt; auch die örtliche Polizei sei ermittlungsfreudiger geworden: „Es geht um die Botschaft, die wir aussenden“, so Besen, „und die Botschaft heißt: Ihr habt Rechte in diesem Land!“

Auch Dimitria Clayton, schwarze Amerikanerin, die seit über zehn Jahren in Köln lebt, verwies bei der Diskussion vor allem auf die gesellschaftspolitische Funktion von Gesetzen. Eines der Hauptprobleme sei bisher, dass rassistische Übergriffe nicht nur nicht als solche geahndet, sondern auch nicht als solche bezeichnet oder gesammelt wurden: „Die meisten Fälle kommen nicht einmal zur Polizei - das größte Problem ist doch, dass es bisher nicht einmal eine kontinuierliche Debatte über Diskriminierung gibt.“ Clayton, die im Landeszentrum für Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen beschäftigt ist, berichtete von zahllosen Fällen allein gelassener Opfer: „Als Schwarze in Deutschland muss ich wissen, wie und von wem ich geschützt werde.“

Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher der Grünen-Bundestags-Fraktion forderte anstelle einer Verschärfung des Strafrechts die Einführung eines Antidiskriminierungs-Gesetzes, dessen Entwurf bereits vorliegt. Dieses würde unter anderem festschreiben, dass künftig niemand mehr wegen seiner ethnischen Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung von gesellschaftlichen Ressourcen fern gehalten werden könnte: weder auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt noch von privaten Betreibern wie Restaurants oder Clubs dürfte jemandem der Zutritt verweigert werden. Auf zivilrechtlichen Wege könnte jeder Einzelne, auch Verbände, gegen Ausgrenzung klagen. Der Koalitionsvertrag sieht eine Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes bis 2001 vor. *Jeannette Goddar*

Ausland

„Radikale Elemente“

Auch nach der Aufhebung der EU-Maßnahmen gegen die österreichische Regierung bleibt Kritik an der FPÖ aufrecht.

Die österreichische Bundesregierung hat die Aufhebung der diplomatischen Maßnahmen der 14 EU-Partner, die Ende Januar wegen der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei gegen die Koalition in Wien verhängt worden waren, als ihren politischen Erfolg gefeiert. Und die FPÖ fügte hinzu, dass sie durch den Bericht der so genannten „Drei Weisen“ (Finnlands Ex-Präsident Ahtisaari, Spaniens früherer Außenminister Oreja sowie der deutsche Völkerrechtler Frowein) nun international endgültig als „regierungsfähig“ anerkannt und von allen Rechtsextremismus-Vorwürfen reingewaschen sei. Diese Sichtweise hat auch in vielen Medien Eingang gefunden.

Nicht nur die FPÖ, sondern auch die ÖVP verschweigen allerdings, dass sich gerade der „Weisenbericht“ durchaus kritisch mit der Haltung der immer noch von Jörg Haider dominierten FPÖ auseinandersetzt. So enthält er vor allem Kritik am „fortwährenden Gebrauch zweideutiger Formulierungen durch führende Mitglieder der FPÖ“, an „Angriffen auf die Freiheit der Kritik“ sowie am „Gebrauch von Beleidigungsverfahren durch die FPÖ“. Unter anderem ist von „fremdenfeindlichen oder sogar rassistischen Stellungnahmen“, „nationalistischen Untertönen“ sowie von „Untertönen, die typisch nationalsozialistischen Ausdrücken nahe kommen“ die Rede. Als einziges Regierungsmitglied wird der freiheitliche Justizminister Dieter Böhmdorfer von den „Weisen“ scharf kritisiert.

Die Einschätzung der FPÖ im „Weisenbericht“ lautet: „Die Entwicklung der politischen Natur der FPÖ von einer rechtspopulistischen Partei mit extremistischer Ausdrucksweise zu einer verantwortungsvollen Regierungspartei ist nicht ausgeschlossen. Allerdings ist eine solche Entwicklung aufgrund der relativ kurzen bisherigen Erfahrungen nicht klar erkennbar“. In den „Allgemeinen Schlussfolgerungen“ des Berichts heißt es dann in Bezug auf die Entwicklung der politischen Natur der FPÖ wörtlich: „Es gibt Gründe, die Beschreibung der FPÖ als eine rechtspopulistische Partei mit radikalen Elementen auch heute noch als zu-

treffend anzusehen. Die FPÖ hat fremdenfeindliche Stimmungen in ihren Wahlkämpfen ausgenutzt und gefördert. Dies hat eine Atmosphäre geschaffen, in der offen ausgesprochene Bemerkungen gegen Ausländer salonfähig wurden, wodurch Ängste hervorgerufen wurden.“

Auf Grund der Einschätzung durch die „3 Weisen“, die am 8. September veröffentlicht wurde, haben sich die Staats- und Regierungschefs der 14 EU-Staaten darauf geeinigt, einerseits die bilateralen Maßnahmen gegen die österreichische Regierung aufzuheben (da ihre Fortsetzung „kontraproduktiv“ wäre), gleichzeitig aber gegenüber der Freiheitlichen Partei wachsam zu bleiben. Wörtlich heißt es dazu in dem am 11. September herausgegebenen Communiqué der französischen EU-Ratspräsidentschaft: „Die Natur der FPÖ und ihre ungewisse Entwicklung geben Anlass zu ernsthafter Besorgnis. Die EU-14 sind der Meinung, dass eine besondere Wachsamkeit gegenüber dieser Partei und ihrem Einfluss auf die Regierung ausgeübt werden müsse. Sie sind überein gekommen, diese Wachsamkeit gemeinsam zu praktizieren.“

Ungeachtet dieser kritischen Passagen sowohl im Bericht als auch in der Stellungnahme der EU-14 feiert die FPÖ ihren Sieg - und ihr starker Mann Jörg Haider sprach mit Hohn von einem „Waterloo für Chirac“, den er vor einigen Monaten bereits als „Westentaschen-Napoleon“ tituliert hatte. Und trotz aller „Wachsamkeit“ kündigte Haiders Statthalter in Wien, der Fraktionschef im Parlament Peter Westenthaler, bereits an, dass die FPÖ bei der im kommenden Frühjahr anstehenden Wiener Landtagswahl die Frage der „Zuwanderung“ zum zentralen Wahlkampfthema machen werde (gerade der Anti-Ausländer-Wahlkampf in Wien im Nationalrats-Wahlkampf 1999 war einer der Hauptkritikpunkte der „3 Weisen“). Westenthaler meinte übrigens auch, dass er gegen die Charakterisierung der FPÖ als „rechtspopulistisch mit radikalen Elementen“ nichts einzuwenden habe, denn natürlich stehe die Partei nicht links, sie vertrete die Bevölkerung und gehe die Probleme von der Wurzel her an. Die (offizielle) Chefin der Freiheitlichen und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer kommentierte die Aussage im Weisenbericht, wonach die Wandlung der FPÖ von einer rechtspopulistischen Partei mit extremistischer Ausdrucksweise zu einer verantwortungsvollen Regierungspartei noch nicht klar erkennbar sei, mit der klaren Feststellung, dass sich die FPÖ nicht geändert habe und auch nicht ändern werde.

Adalbert Krims

Bücherschau

FPÖ-Diskurs-Viereck

Wie funktioniert die FPÖ unter Jörg Haider im österreichischen Kontext? Diese Fragestellung durchzieht die von dem Politikwissenschaftler Sebastian Reinfeldt vorgelegte Analyse des populistischen Diskurses der Partei, die unter dem Titel „Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus“ erschien. Darin beschreibt der Autor den Populismus als Modus im Kampf um politische Hegemonie, untersucht das Wirken der FPÖ in diesem Kontext und analysiert den rechten Populismus im nationalen Wettbewerbsstaat. Reinfeldt lehnt in seiner Darstellung den extremismustheoretischen Zugang ab und nutzt stattdessen das Populismus-Konzept als Analyserahmen. „Populismus bietet eine angespannte Identifizierung mit einem Kollektiv an, da er diese Wir-Gemeinschaft in eine konträre und eine kontradiktorische Opposition einschließt. An ihrem einen Ende befindet sich die als Wir-Gruppe fungierende Einheit und an ihrem anderen eine konträre Die-Da Einheit. Weiterhin enthält dieses Schema eine kontradiktorische Opposition zu einer Nicht-wir-Gruppe. Das Verhältnis der Wir-Gruppe zu Denen-da und zu Nicht-wir ist derart beschaffen, dass dieses Wir seine Welt als der Froschperspektive des 'Kleinen Mannes' betrachtet (S. 132).

Anschaulich arbeitet der Autor das Diskurs-Viereck der FPÖ - „Wir“ (Fleißige, tüchtige Österreicher), „Die-da“ (Politiker), „Nicht-die-da“ (andere Österreicher), „Nicht-wir“ (Fremde, Ausländer) heraus. Aus dem Wechselverhältnis in der populistischen Ansprache erklärt sich denn auch der politische Zuspruch aus der Bevölkerung heraus. In der Aufarbeitung dieses Zusammenhangs besteht zweifellos das Verdienst von Reinfeldts Arbeit. Allerdings bettet er seine mit großem methodischen Aufwand präsentierte Arbeit nicht in eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung ein. Ärgerlich ist die Fehlinterpretation des extremismustheoretischen Ansatzes, der sehr wohl mit einer Nutzung des Populismus-Konzepts als Analyseinstrument einhergehen kann. Gleichwohl liefert die Studie wertvolle Anregungen zur Interpretation des Wirkungszusammenhangs von populistischer Agitation bei Akteur und Publikum.

Armin Pfahl-Traugher

Sebastian Reinfeldt, Nicht-wir und Die-da. Studie zum rechten Populismus, Wien 2000 (Braumüller-Verlag), 228 Seiten, 52 Mark.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE). 50. Jahrg., Heft 9/2000: Angriff soll bekanntlich die beste Verteidigung sein. Deshalb hat sich die NE-Redaktion offenbar das Ziel gesetzt, die Diskussion um den Rechts-extremismus als „Hysterie“ lächerlich zu machen. Als Schirmherr dient der hessische Ministerpräsident Roland Koch, der seine Rolle in der CDU-Spendenaffäre zur Ausgeburts einer „Medienhysterie“ erklärt hatte. Die Kampagne des CSU-Innenministers Günther Beckstein sei auch nur als Lehrstück für die Schwesterpartei gedacht gewesen, von der Kohlschen Spendenaffäre abzulenken sowie zur Sicherung rechter Mehrheiten die rechte Wählerschaft einzuschüchtern und an die Union zu binden. Weiteres Motiv - der allgegenwärtige Antisemitismus bricht durch - sei das Bemühen der Presse gewesen, von den fraudulös geführten Verhandlungen über die Entschädigung der Zwangsarbeiter abzulenken (deren Beschäftigung, wie wir dankbar lernen, eine hochdotierte Wohltätigkeitsveranstaltung gewesen sein muss). Und - da jüdische Zeugen gegen Juden immer am besten helfen - werden Norman Finkelstein und Raul Hilberg als „Beweis“ angeführt. Hinter allem stehen die Linken, die den Weg „in die Gesinnungsdiktatur“ bahnten. Dass hier der Rechtsstaat aus rechter Sicht auf der Strecke bleibt, belegt ein medizinischer Privatdozent. Die Lösung liefert, wieder einmal, Franz Schönhuber, diesmal im Verein mit dem neuen NPD-Mitglied und Ex-RAF-Terroristen Horst Mahler, die ihr gemeinsames Buch „Schluss mit deutschem Selbsthass“ loben lassen. Wenn man dem Autor glauben darf, wurden bei der Buchpräsentation in Berlin - endlich - die Voraussetzungen für die Vereinigung der gesamten Rechten von Bund Freier Bürger bis NPD gelegt, was mit dem Bericht über die „Eurorechte“ nicht so ganz übereinstimmt. Häme darin über die Abgrenzung des REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer von der NPD. In diesem Zusammenhang wird die Kandidatur des hessischen REP-Generalsekretärs Gottfried Burischek gegen Schlierer angekündigt. Schönhuber findet für den „Verfolgungsdruck“ gegen die (extreme) Rechten Vergleich mit der Situation der Sozialdemokraten. Und beim Appell des CSU-Ministerpräsidenten für ein NPD-Verbot kommt ihm dessen Wort von der durchrassten und durchmischten Gesellschaft in den Sinn. Franz Schönhuber, der sich als Verteidiger der Demokratie geriert. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Burg** - Der in Burg (Kreis Dithmarschen) ansässige neonazistische „Verlag Tim Schatowitz“ soll ausgebaut werden. In einer Hausmitteilung des 1997 gegründeten Verlags, der im schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbericht erwähnt wird, heißt es, dass Schatowitz die jüngst pleite gegangene Bäuerliche Druckerei, seinen langjährigen Druckpartner, aufkaufen wolle: „Der Erwerb dieser Druckerei bietet uns die einmalige Möglichkeit unsere Verlagsarbeit noch unabhängiger gestalten zu können. In der Vergangenheit erwies es sich oftmals sehr problematisch brisante Bücher zur Zeitgeschichte produzieren zu lassen. Oftmals verweigerten Fremdfirmen als 'Trittbrettfahrer des Zeitgeistes' die Annahme unserer Aufträge und brachten uns damit in große wirtschaftliche Schwierigkeiten.“ Spenden für den Kauf sollen auf ein Sonderkonto von Schatowitz bei der Commerzbank in Brunsbüttel einbezahlt werden.

■ **Coburg** - Die Redaktion der Monatszeitschrift „Nation&Europa“ (NE), wurde um Andreas Lehmann erweitert. Dieser unterstützt seit der Ausgabe Juli/August die bisherige Redaktion um Peter Dehoust, Karl Richter, Werner Baumann und Dietmar Engelhard. NE erscheint seit 1951 monatlich und hat eine Auflage von rund 15 000 Exemplaren. Lehmann ist Landesvorsitzender der Republikanischen Jugend (RJ) in Hessen. 1998 hatte er eine Kundgebung gegen die „Anti-Wehrmachts-Ausstellung“ in Kassel organisiert, an der überwiegend Aktivisten so genannter Freier Kameradschaften und Ex-Funktionäre der verbotenen FAP teilnahmen. Für den Aufmarsch mobilisierte Lehmann unter anderem in der Parteizeitung „Der Republikaner“. 1999 war er für einen Auftritt des braunen Liedermachers Frank Rennicke bei der hessischen REP-Jugend verantwortlich.

■ **Hamburg** - Die Sammlungsbewegung „Aufbruch 99“ verschickt derzeit an Gleichgesinnte ihr „10-Punkte Programm für Deutschland“. Enthalten ist darin das übliche rechtsextreme Repertoire: „Schluss mit mediengesteuerter Meinungsmachelei“, „Wir können nicht Ersatzheimat für alle Zugswilligen der Welt sein“, „Kündigung aller Verträge, die unsere Freiheit beschränken“ oder „Wir können nicht der Zahlmeister Europas sein“. Der von dem Hamburger Thomas Nissen, ehemals Vor-

sitzender des REP-Kreisverbandes Wandsbek geführte „Aufbruch 99“ versteht sich als Zusammenschluss „national“ gesinnter Personen, die die jetzige politische Führung der Bundesrepublik „kritisieren“. Auf Veranstaltungen sprachen neben anderen: Horst Mahler, Reinhard Uhle-Wettler, Rolf Schlierer, Baldur Springmann, Johannes Heinrichs, Wolfgang Juchem, Rigolf Hennig und Heiner Kappel. Eine geplante Veranstaltung mit Alfred Mechttersheimer kam nicht zustande, da Nissen zuvor dessen „Deutsche Aufbau-Organisation“ (DAO) als „Spaltpilz“ kritisiert hatte.

■ **Kiel** - Die rechtsextreme „Aktion 'Deutsches Königsberg'“, berichtet in ihrem aktuellen Rundschreiben (2/2000), dass die russischen Behörden die bauamtliche Abnahme „unseres Dorfes Amtshagen“ im „nördlichen Ostpreußen“ bei Trakehnen vorgenommen haben. Eine Straße soll auch mit offiziellem Segen nach Ulrich von Hutten benannt worden sein. Ausdrücklich wird in dem Rundbrief Lisbeth Grolitsch aus Graz gedankt, „einer großartigen deutschen Patriotin der Gegenwart“, deren rechtsextremer „Freundeskreis Ulrich von Hutten“ die Arbeit der „Aktion“ und des „Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ mit einer Großspende erst möglich gemacht habe. Die „Aktion 'Deutsches Königsberg'“ wird maßgeblich von dem rechtsextremen Kieler Verleger Dietmar Munier (Arndt-Verlag, Europa-Buchhandlung) gesteuert.

■ **Lübeck** - Das Infotelefon von „Bündnis Rechts“ aus Lübeck kündigt verschiedene Demonstrationstermine an. Das „Bündnis Rechts“ unter Federführung von Dieter Kern betreibt dabei natürlich auch Werbung in eigener Sache. So will es am 30. September in der Hansestadt Lübeck einen „Marsch gegen Gewalt“ durchführen. Am 24. September soll die Gemeinde Tostedt in Nord-Niedersachsen wieder Aufmarschort für Rechtsextremisten werden. Dort haben sich seit Jahren unter Führung von Sascha Bothe rechtsextreme Strukturen verfestigt, gegen die jetzt sogar ein Streetwork-Projekt kapitulierte. Für den 7. Oktober soll dann nach Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) unter dem Motto „Gegen politische Verfolgung und Willkür“ mobilisiert werden.

■ **Mainz** - Die Stadtratsfraktion der Republikaner will am 23. September um 14.00 Uhr im Bürgerhaus Mainz-Lerchenberg eine Podiumsdiskussion zum Thema „Tollhaus EU! - Österreich raus, Türkei rein?“ veranstalten. Diskussionsteilnehmer wird

neben dem hessischen REP-Generalsekretär Gottfried Burischek auch Harald Neubauer, Mitherausgeber von „Nation&Europa“ und heute bei Alfred Mechtersheimers Deutscher Aufbau-Organisation zugange, sein. Angekündigt sind ferner Heiner Kappel sowie der rechtsextreme belgische Politiker Wim Verreycken vom Vlaams Blok. Bereits im Januar hatte die Mainzer REP-Stadtratsfraktion eine Veranstaltung mit Franz Schönhuber und Horst Mahler durchgeführt. Den stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Uschi Winkelsett und Johann Gärtner wurde dabei der Zutritt verwehrt.

■ **Münnerstadt** - Tobias Kessler (Pseudonym „Stadtknecht“), berichtet im neonazistischen Skin-Zine „Landser“ der „Nationalisten Nürnberg“ über den Kauf eines Bauernhofs in Hollstadt durch zwei Aktivisten der „Kreuzritterkameradschaft Franken“. Das Anwesen, das auf den Namen „Kreuzritter Haus-Remer“ getauft wurde, soll Wohnraum für „sozial schwache Kameraden“ bieten sowie als Kameradschafts- und Schulungsstätte dienen. Darüber hinaus ist die Errichtung eines Ladengeschäfts („Kreuzritter Schatztruhe“) auf dem Anwesen geplant. Kessler ist Macher des braunen Zines „Der Kreuzritter“ aus Münnerstadt. Eingehftet in den „Kreuzritter“ ist seit kurzem der „NPD-Kurier“ des NPD-Kreisverbandes Bad Kissingen. Der auf Initiative von Peter Scheit gegründete NPD-KV will so neue Mitglieder rekrutieren.

■ **Neustadt** - Der 22-jährige Neonazi Wolfgang Lutz sitzt seit einigen Monaten in Untersuchungshaft wegen der Bedrohung des CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Schindler (50), mehrerer Polizisten und eines Richters. Das bestätigte kürzlich der zuständige Frankenthaler Oberstaatsanwalt. Lutz hatte im vergangenen Jahr seinen Führerschein abgenommen bekommen. Daraufhin hatte sich Lutz im Berliner Abgeordnetenbüro Schindlers gemeldet, um seinen Führerschein zu erpressen. Er setzte dem Parlamentarier eine Frist von fünf Tagen, ansonsten würde er „3 000 Schuss Munition“ einsetzen. Lutz gehörte der 1995 gegründeten und 1999 aufgelösten „Nationalen Volksfront Kameradschaft Neustadt/Weinstraße“ (NFV) an. Er war zwischen 1994 und 1996 an mehreren Schändungen jüdischer Friedhöfe in der Vorderpfalz (vgl. BNR 16/99) beteiligt.

■ **Riesa** - Im Sold des NPD-eigenen Deutsche Stimme Verlages im sächsischen Riesa steht neuerdings der 26-jährige Alexander Neidlein, zuletzt Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten in

Schwäbisch Hall/Ostalb. Neidlein hat eine bewegte Vergangenheit aufzuweisen. So lieferten sich am 14. März 1994 drei Deutsche in der Nähe von Pretoria ein Feuergefecht mit der südafrikanischen Polizei. Der Anführer der Gruppe, Horst Klenz, wurde kurz darauf mit Neidlein auf einer nahe gelegenen Farm verhaftet. Kontakt zu der rechtsextremen Truppe hatte Neidlein 1993 bei seinem Söldnerdienst in Bosnien geknüpft. Ende 1994 wurde Neidlein in Lübeck zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Zusammen mit zwei weiteren Gesinnungsfreunden hatte er im Dezember 1993 ein Postamt in Lübeck überfallen. Mit der Beute von 8 500 Mark will das Trio Angaben von Neidlein zufolge die Reise nach Südafrika finanziert haben. Neidlein wurde in Südafrika wegen illegalen Waffenbesitzes zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt und in die Bundesrepublik abgeschoben, wo der Haftbefehl aus Lübeck auf ihn wartete.

■ **Rodach-Sülzfeld** - Der 69-jährige Rechtsextremist Eberhard Hefendehl sucht einen Nachfolger für seinen „ODAL-Druck und Verlag“ in Rodach-Sülzfeld bei Coburg. Dort in Oberfranken werden neben Hefendehls Hausblatt „Scheinwerfer“ (monatliche Auflage: 600 Exemplare) auch die „HNG-Nachrichten“ gedruckt. In der aktuellen Ausgabe der „HNG-Nachrichten“, deren Auflagenhöhe auf 400 geschätzt wird, inseriert Hefendehl seine Druckerei: „Für junge Leute bestens geeignet, sich selbständig zu machen. Kompletter Maschinenpark für 29 500,- DM.“ Hefendehl war in den 70er-Jahren am Aufbau einer illegalen NSDAP beteiligt und dabei für die Abteilung „Zeitung“ vorgesehen. Wegen des Drucks der „Anti-Antifa“-Publikation „Der Einblick“ wurde Eberhard Hefendehl 1995 wegen Beihilfe zu einer Geldstrafe in Höhe von 4.000 Mark verurteilt.

■ **Stuttgart** - Das 94-jährige NPD-Ehrenmitglied Carl-Artur Bühring hat der rechtsextremen Partei eine Großspende vermacht. Er hat der NPD den Verkaufserlös seines Hauses in Stuttgart gestiftet. Folgerichtig heißt die neue NPD-Zentrale in Berlin „Carl-Artur-Bühring-Haus“. Bühring hat in den vergangenen Jahren regelmäßig auf Kreis- und Lokalebene für die NPD kandidiert beziehungsweise auswärtigen Kameraden seine Adresse zur Verfügung gestellt. Als Referent trat er zuletzt im Dezember 1999 beim extrem rechten Cannstatter Kreis in Erscheinung. In der Vergangenheit organisierte Bühring auch Auftritte von David Irving in der Bundesrepublik.

■ **Viöl** - Der im schleswig-holsteinischen Viöl ansässige Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur von Roland Bohlinger soll in ernsthaften finanziellen Problemen stecken. Darüber berichtet das Schreiben eines „Freundes- und Förderkreises Roland Bohlinger“ vom August. Der Rechtsextremist soll demnach nicht mehr in der Lage sein laufende Rechnungen oder seine Krankenversicherung zu bezahlen. Wegen nicht beglichener Raten für die Hypothekenbank wurde nun von der Bank die Versteigerung des Verlags- und Wohngebäudes beantragt. Prominentes Mitglied des „Freundes- und Förderkreises“ ist Helmut Schröcke, emeritierter Professor für Mineralogie an der Universität München. Schröcke ist Unterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifests“ und Funktionär des revanchistischen Witikobundes. Inhaltlicher Schwerpunkt des Bohlinger-Verlages sind Werke mit revisionistischer und antisemitischer Ausrichtung.

Ausland

■ **Großbritannien (Hastings)** - Der in England untergetauchte 36-jährige deutsche Holocaust-Leugner Germar Rudolf (vgl. BNR 10/2000) droht in der aktuellen Ausgabe der „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ dem konsequent gegen revisionistische Umtriebe vorgehenden Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein mit Gewalt: „In der Tat, dass Heiko Klein noch am Leben ist, grenzt schon an ein Wunder und beweist, wie harmlos die ganze deutsche ‘Szene’ tatsächlich ist. Ein Befreiungskrieg ließe sich mit derartigen Freiheitskämpfen wahrlich nicht gewinnen.“ Die Szene, so Rudolf in den „Vierteljahresheften“, die von „Castle Hill Publishers“ herausgegeben werden, setze sich nun aber gegen die „antifaschistische Diktatur Deutschlands“ zur Wehr und fange an, „Strichlisten“ zu machen.

■ **Russland (Moskau)** - Der US-amerikanische Rechtsextremist David Duke, einst Anführer der Knights of the Ku Klux Klan und der National Association for the Advancement of White People (NAAWP) hält sich momentan in Russland auf. Zu Beginn seiner einmonatigen Reise durch das Land rief Duke zu Aktionen gegen den „Welt-Zionismus, den Hauptfeind der arischen Rasse“ auf. Eingeladen nach Russland hatten Duke unter anderen Aleksander Prokhanov, Chefredakteur der chauvinistischen Zeitung „Zavtra“ und Konstantin Kasimovsky, der Vorsitzende der antisemitischen Russischen Aktion.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 19-2000 / Abo 5292719000

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Raufs

■ **USA (Hillsboro)** - William Pierce, Vorsitzender der eng mit JN/NPD kooperierenden US-amerikanischen Neonazi-Truppe National Alliance (NA), hat am 9. September in einer Rundfunksendung seines Radioprogramms „American Dissident Voices Broadcast“ einen Spendenaufruf zur Verteidigung des kürzlich festgenommenen untergetauchten deutschen Neonazis Hendrik Moebus (s. BNR 18/00) gestartet. Pierce hat auch zugunsten von Moebus eine Petition für politisches Asyl in den USA eingereicht. Moebus, der sich auf der Flucht vor der deutschen Justiz 10 Wochen lang „als Gast“ bei Pierce aufhielt, ist laut Pierce ein „gewaltfreier Intellektueller“, der von den „jüdischen Medien“ verfolgt werde.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto